

# Zwangsarbeit in Japan während des Zweiten Weltkrieges – im Vergleich zu Deutschland

von Morio Minami

## Einführung

Wie in Deutschland gab es in Japan während des Zweiten Weltkrieges viele ausländische Zwangsarbeiter. Die Zahl der Fremdarbeiter in Japan, die mehr oder weniger zur Arbeit gezwungen wurden, wird auf mindestens eine Million geschätzt, eine Schätzung nennt sogar 1,5 Millionen. Und unter ihnen gab es viele, die unter harten, unmenschlichen Arbeitsbedingungen litten und starben oder getötet wurden. Die Zahl der gestorbenen Zwangsarbeiter ist schwer festzustellen, weil nicht ausreichend offizielle Dokumente vorhanden sind oder diese teilweise jetzt noch nicht freigegeben wurden.

## Die Opfer

Der größte Teil der ausländischen Zwangsarbeiter war koreanischer, taiwanesischer oder chinesischer Nationalität.

Nach einer Untersuchung des japanischen Finanzministeriums aus dem Jahre 1947 wurden von 1939 bis Kriegsende 724 789 Koreaner zur Arbeit in Japan gezwungen. Außerdem wurden 16 113 Koreaner zur Zwangsarbeit auf die damals japanische Insel Karafuto (Sachalin) und 5 931 in die südlichen, von Japan okkupierten Länder verschleppt, wie aus einem Dokument des japanischen Parlaments vom Jahr 1944 hervorgeht. Außer diesen offiziell registrierten Menschen gab es noch viele andere koreanische Zwangsarbeiter. Die genaue Zahl der gesamten koreanischen Zwangsarbeiter und der Toten ist darum heute schwer feststellbar. Nach einer Schätzung beträgt die Zahl der Toten mehr als 60 000.<sup>1</sup> Dagegen ist die Zahl der taiwanesischen und chinesischen Zwangsarbeiter relativ genau bekannt. Laut eines Berichts des japanischen Gouverneurs aus dem Jahre 1945 wurden 92 748 Menschen aus Taiwan in die südostasiatischen Länder und 8 419 zur Rüstungsproduktion nach Japan verschleppt. Aufgrund einer Entscheidung der japanischen Regierung wurden Chinesen aus dem chinesischen Kontinent in den letzten zwei Jahren des Krieges nach Japan zur Arbeit gezwungen. Nach einem erst kürzlich veröffentlichten Bericht des japanischen Außenministeriums aus dem Jahre 1946 wurden 38 935 Chinesen an 135 Arbeitsstellen bei 35 Firmen – darunter 15 Baufirmen und 15 Bergbaubetriebe – in ganz Japan verteilt. Unter den Chinesen gab es neben der Zivilbevölkerung auch Kriegsgefangene. Die Zahl der gestorbenen chinesischen Arbeiter beträgt nach diesem Bericht 6 830.<sup>2</sup> Koreaner und Taiwaner erhielten unter der japanischen Kolonialherrschaft die japanische Staatsangehörigkeit. Im offiziellen Sinne waren sie also keine »Ausländer«. In Wirklichkeit wurden sie jedoch meistens als Fremde behandelt und diskriminiert. Außer diesen Zwangsarbeitern wurden viele Koreaner und Taiwaner als Soldaten und als dem Militär angehörige Arbeiter und viele Koreanerinnen und Taiwanerinnen als Prostituierte gezwungenermaßen für das japanische Militär eingesetzt.

## **Stollen**

Die Zwangsarbeiter arbeiteten in verschiedenen Orten Japans und für verschiedene Industrien, aber meistens direkt oder indirekt für die Rüstungsproduktion. Viele arbeiteten in Kohlebergwerken. In den letzten Jahren des Krieges gab es auch in Japan Überlegungen zum Aufbau von unterirdischen Rüstungsfabriken, die jedoch nur teilweise realisiert wurden.

Nach einer ausführlichen Untersuchung des amerikanischen Militärs (The United States strategic bombing survey) waren insgesamt 313 unterirdische Rüstungsfabriken, davon 138 zur Flugzeugproduktion, im Bau. 112 davon waren zu mehr als 80 % vollendet.<sup>3</sup> Einige unterirdische Fabriken hatten auf insgesamt etwa 29 000 m<sup>2</sup> Fläche in Utsunomiya (Präfektur Tochigi) bereits begonnen, Flugzeugmotoren zu produzieren.

Heute kann man in verschiedenen Orten noch viele Ruinen der Stollen finden. Eine der größten Ruinen ist der Stollen der Kukuri-Flugzeugfabrik (Präfektur Gifu) in Mitteljapan. Dort sind 38 Stollen mit insgesamt 7 015 m Länge und 25 110 m<sup>2</sup> Fläche gegraben. Für die Anlage der unterirdischen Rüstungsfabriken wurden in Japan zumeist koreanische und chinesische Zwangsarbeiter eingesetzt.

Darüber hinaus gab es einen großen Umzugsplan für die Kaiserfamilie, die Regierung und den Generalstab, also die ganze Führerschaft Japans, in unterirdische Stollensysteme im Gebirge in der Nähe der Provinzstadt Matusiro in Mitteljapan (Präfektur Nagano). Ein Teil der Anlage war im Sommer 1945, als der Krieg zu Ende ging, fertiggestellt.

## **Hanaoka**

Der bekannteste Fall von Aufruhr unter den Zwangsarbeitern gegen deren Unterdrückung ereignete sich in Hanaoka. Es handelte sich um eine Zwangsarbeitsstelle der Kajima-Baufirma in Nordjapan (Präfektur Akita), wo 979 Chinesen Frondienst leisteten. Viele von ihnen rebellierten am 30. Juni 1945 gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, Hunger und gewalttätige Behandlung. Die Rebellion wurde brutal niedergeschlagen, wobei 238 Chinesen getötet wurden.<sup>4</sup> Insgesamt starben zwischen 1944 und 1945 in Hanaoka 429 Chinesen. Außerdem wurden elf Chinesen wegen der Anführung der Rebellion noch nach dem Krieg am 11. September 1945 in einem Strafprozeß von einem japanischen Gericht verurteilt: einer von ihnen zu lebenslänglicher Haft, andere zu zwei bis zehn Jahren Haft.

In einem amerikanischen Militärprozeß am 1. März 1948 in Yokohama wurden nach dem Krieg die vier Mitarbeiter der Kajima-Baufirma und zwei Polizisten, die diese Rebellion niedergeschlagen hatten, verurteilt: drei zum Tode, einer zu lebenslänglicher Haft sowie die anderen zu Haftstrafen zwischen zwei und zwanzig Jahren. Die Strafen wurden später alle gemildert.

Dieser und ein weiterer Prozeß in Osaka waren die einzige strafrechtliche Verfolgung von Mißhandlungen chinesischer Zwangsarbeiter durch Japaner während des Zweiten Weltkrieges. Mißhandlungen koreanischer Zwangsarbeiter wurden im Nachkriegsjapan überhaupt nicht geahndet.

## Thaïmen-Eisenbahn

Auch in den von Japan okkupierten Ländern gab es viele Zwangsarbeiter. Etwa 4,5 Millionen Koreaner wurden von 1939 bis 1945 auf der koreanischen Halbinsel zur Arbeit gezwungen. In Nordostchina (Mandschurei) wurden Chinesen schon in den dreißiger Jahren von der japanischen Eisenbahngesellschaft (»Mantetsu«) zur Arbeit gezwungen, nach 1937 auch chinesische Kriegsgefangene.

In den südostasiatischen Ländern, die nach 1941 von japanischem Militär besetzt wurden, gab es ebenfalls eine große Anzahl von Zwangsarbeitern. Der berüchtigtste Einsatz war von Juli 1942 bis Oktober 1943 für den Bau der »Thaïmen-Eisenbahn« in dem Grenzgebiet zwischen Thailand und Burma. Beim Bau dieser 415 km langen Eisenbahnstrecke wurden 65 000 Kriegsgefangene aus Australien, den Niederlanden und England sowie mehr als 300 000 asiatische Zwangsarbeiter (»Romusha«) aus Malaysia, Burma, Indochina, Vietnam und Thailand eingesetzt. 16 000 Gefangene starben an Krankheiten wie Cholera, Malaria und Ruhr, an Mangelernährung und Mißhandlung. Die Zahl der toten asiatischen Zwangsarbeiter ist nicht genau bekannt, nach einer Schätzung kamen jedoch mehr als die Hälfte nicht nach Hause zurück.<sup>5</sup>

Nach dem Krieg wurden 111 japanische Soldaten hauptsächlich in englischen Militärprozessen in Singapur verurteilt, 32 davon zum Tode. Unter diesen 111 »japanischen Soldaten« waren 33 Koreaner, die als Wachmänner der Gefangenen gezwungenermaßen eingesetzt worden waren. Neun von ihnen wurden zum Tode verurteilt. In diesen Prozessen behandelte man Mißhandlung und Mord an Kriegsgefangenen, nicht an asiatischen Zwangsarbeitern.

## Entschädigung

Die japanische Regierung und Firmen haben die Zwangsarbeiter bis heute für ihre Zwangsarbeit nicht entschädigt.

Die japanische Regierung hat zwar an mehrere asiatische Länder, u. a. Philippinen, Burma, Indochina und Südvietsnam, Reparationen gezahlt. Mehrere ausländische Regierungen, darunter China und Indonesien, erklärten, auf Reparationen zu verzichten. Aber einzelne Zwangsarbeiter sind nicht entschädigt worden, weder von der japanischen Regierung noch von den Firmen. Die japanische Regierung lehnt die Entschädigung gegenüber einzelnen Zwangsarbeitern ab. Koreaner und Chinesen führen jetzt mit Hilfe der japanischen Bürgerinitiativen Prozesse gegen die japanische Regierung und Firmen.

Die Chinesen, die das Hanaoka-Ereignis überlebten, forderten 1989 in einem offenen Brief von der Baufirma Kajima, heute noch eine der größten Baufirmen Japans, eine Entschädigung. Sie forderten eine Entschuldigungserklärung, die Errichtung von Gedenkstätten für die Opfer in Hanaoka und Peking und Entschädigungsgeld (fünf Millionen Yen, ca. 60 000 DM pro Person).

Im Jahre 1990 entschuldigte sich die Baufirma offiziell zum ersten Mal bei den Überlebenden und bei den Hinterbliebenen der Opfer, über eine Entschädigung wird bis heute verhandelt.

## Bürgerinitiativen

Seit den achtziger Jahren sind Bürgerinitiativen zum Problem der Zwangsarbeit in Japan aktiv. Viele Gruppen, bestehend aus japanischen und koreanischen Bürgern, versuchen heute, in ganz Japan die Geschichte der Zwangsarbeit zu erforschen. Sie versuchen auch, die Ruinen der ehemaligen Arbeitsstellen der Zwangsarbeit als Monument zu erhalten. Darüber hinaus helfen sie den ehemaligen Zwangsarbeitern bei der Führung von Prozessen gegen die japanische Regierung und Firmen. Seit 1990 treffen sich die Bürgerinitiativen einmal pro Jahr japanweit.

Ein Appell in englischer Sprache bei der Versammlung in Osaka im Jahre 1995 lautet wie folgt:

*»Despite moving on 50 long years, Japan has all but laid aside the idea of honestly apologizing for and reflecting upon its military aggression and problems such as responsibility and compensation for the war. [...] Every year since the summer of 1990, we have been holding a »Nationwide Interaction Conference« concerned with forced transportation and forced labour in an effort to inform people about the facts and realities of Japan's aggressive war from a local history viewpoint. We are working to produce definite results from certain sections of our buried history that are being brought to light. We have hounded the government to the very point where they should have to give a definite response to the demands made by Asian victims that up to now have been ignored. Nevertheless, the government remains in a realm of sophistry, so we must be determined to strengthen our actions. [...]«*

*May 1995, The Executive Committee for the 6th Nationwide Interactive Conference Considering Forced Transportation and Forced Labour of Korean and Chinese.*

## Vergleich

Bei einem Vergleich zwischen Japan und Deutschland kann man bemerkenswerte Gemeinsamkeiten feststellen. Beide Regierungen beschäftigten eine große Anzahl von ausländischen Arbeitskräften im Verlauf des Zweiten Weltkrieges. Und beide Regierungen zwangen viele Ausländer, in Japan bzw. Deutschland zu arbeiten. Außerdem zwangen sie viele Kriegsgefangene zur Arbeit. In beiden Ländern starben viele Zwangsarbeiter unter schlechten Arbeitsbedingungen, an Krankheiten sowie durch Hunger und Mißhandlung. In beiden Ländern gab es auch viele unterirdische Rüstungsfabriken, in denen viele Zwangsarbeiter arbeiten mußten und umkamen. Beide Länder konnten nur mit ausländischen Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg die Rüstungsproduktion aufrechterhalten.

Was die Bezeichnung der Unterschiede anbetrifft, möchte ich mich auf drei Punkte beschränken:

1. In Japan gab es keine Politik sogenannter »Vernichtung durch Arbeit«. Koreanische oder chinesische Zwangsarbeiter starben unter sehr schlechten Bedingungen. Aber es war nicht das Ziel der japanischen Regierung, sie zu töten. In Japan gab es auch keine »Konzentrationslager« zu diesem Zweck. Es existierte also kein »Mittelbau-Dora« in Japan.

Morio Minami ist seit 1983 als Associate Prof. für Germanistik und Zeitgeschichte Deutschlands im Vergleich mit Japan an der Pädagogischen Hochschule Aichi (Japan) tätig. Momentan ist er Gastprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin.

2. In Japan gab es, wie bereits genannt, einen merkwürdigen Umzugsplan, die ganze Führerschaft, vor allem den Kaiserpalast, in die unterirdischen Stollen in ein Gebirge zu verlagern. Die gesamte Fläche betrug etwa 41 000 m<sup>2</sup>. Und dabei gab es auch eine nicht feststellbare Zahl von Toten. Auch Hitler hatte einen Bunker, wo er sich schließlich tötete. Aber das war nur ein Bunker, kein unterirdischer Palast mit ca. 3 800 m<sup>2</sup> Fläche, der zu 90 % im August 1945 vollendet war.<sup>6</sup> Die japanische Regierung wollte mit diesem Plan vor allem die Kaiserfamilie und dadurch das Kaisertum Japans verteidigen. Das war (und ist es teilweise immer noch) eine typisch japanische Denkart.
3. Nach dem Krieg gab es in beiden Ländern mühsame Bestrebungen und Verhandlungen, um Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter zu leisten. In Deutschland gibt es einige Großfirmen, die etwas Entschädigungsgeld zahlten. Außerdem gibt es heute Stiftungen zur Entschädigung für Zwangsarbeiter aus Polen und einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In Japan gibt es dagegen bis jetzt keine einzige Firma, die ehemaligen Zwangsarbeitern Entschädigungsgeld ausgezahlt hätte. Auch die japanische Regierung will keine Maßnahmen treffen, um die ausländischen Zwangsarbeiter zu entschädigen.

#### Anmerkungen

- 1 Pak, Kyonshigi: Dokumente der Zwangsverschickung der Koreaner, Tokio 1965, S. 91
- 2 Tanaka, Hiroshi: Die Bedeutung der Veröffentlichung des Berichts des Außenministeriums (Resümee) in: Materialien für »The 7th Nationwide Interactive Conference Considering Forced Transportation and Forced Labour of the Korean and Chinese«, Gifu 1996, 7. Vgl. Tanaka, Hiroshi u. a. (Hg.): Dokumentation – Zwangsverschickung der Chinesen, Tokio Akashiverlag, 1987
- 3 Motohashi, Masao u. a. (Hg.): »Pih-Tam« (Blut-Schweiß). Dokumentation der unterirdischen Rüstungsfabriken und der Zwangsverschickung der Koreaner, Nagoya 1990, S. 19
- 4 Gedenkstätte des chinesischen Widerstandes gegen Japan (Hg.): Hanaoka-Elegie, Peking o. J.
- 5 Sumitani, Takesi u. a. (Hg.): Handbuch des Tokio-Prozesses, Tokio 1989, S. 117
- 6 Aoki, Takaju: Matsusiro-Daihonei (Matsusiro-Generalstab) – Zeugnis der Geschichte, Tokio 1992, S. 16. Vgl.: Yamane, Masako (Hg.): Gedanken über die Ruine des Matsusiro-Generalstabs, Tokio 1991